



DEPORTATION AIRPARK

Kampagne gegen Abschiebungen vom Baden-Airpark

Zentrale Demonstration gegen Abschiebungen am 8. Mai 2010, 14.00 Uhr, Karlsruhe, Friedrichsplatz / Erbprinzenstraße

Über den Deportation-Baden-Airpark wurden in den letzten zehn Jahren tausende MigrantInnen mit polizeilicher Gewalt in ihr Herkunftsland abgeschoben. Grund für die Abschiebungen ist eine rassistische und auf Abschottung ausgerichtete europäische Migrationspolitik. „Fremde“ werden als Bedrohung dargestellt und dementsprechend wahrgenommen. Sie scheinen nicht in das ökonomische Konzept der AG Deutschland zu passen. Der Deportation-Airpark ist Drehscheibe für Charter-Abschiebungen auch von zahlreichen Roma-Familien und anderen Minderheiten in die Länder Ex-Jugoslawiens.

Vom Deportation-Baden-Airpark finden regelmäßig jeden Monat, abgeschottet über den alten Terminal, Abschiebeflüge statt. Während sich gleichzeitig Urlauber mit dem „Mallorca-Shuttle“ auf den Weg machen oder Urlauber mit dem Billigflieger Ryan-Air nach Bari in Süditalien fliegen, werden Menschen in den Kosovo in ein Leben im Elend abgeschoben. Viele der Abgeschobenen waren zuvor im Abschiebegefängnis in Mannheim eingesperrt worden, weil sie nicht „freiwillig ausreisen“ wollten.

Von zwei Fluggesellschaften, nämlich Air Berlin und Hamburg International (HHI), die am Baden-Airpark aktiv sind, ist bekannt, dass sie sich am schmutzigen Geschäft der Abschiebungen beteiligen. Im Februar hat das Regierungspräsidium Karlsruhe einen Abschiebecharter von Hemus Air (Bulgaria Air) organisiert.

Im Internet-Auftritt des Baden-Airparks finden sich zwar allerlei Informationen und Daten, aber nichts über jene, die mit exekutiver Gewalt aus Deutschland entfernt wurden. Die Betreiber wissen, dass dies keine gute Werbung für ihre Geschäfte ist.

Sie sollen aber wissen, dass wir ihr Schweigen brechen werden! Wir fordern den Baden-Airpark und die verantwortlichen Fluggesellschaften dazu auf, sich sofort aus dem Geschäft mit den Abschiebungen zurückzuziehen!

Nach der Aufenthalts- und Asylzuständigkeitsverordnung (AAZuVO) ist das Regierungspräsidium Karlsruhe ab dem 1. Januar als zentrale Behörde in Baden-Württemberg für die Organisation und Durchführung von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen zuständig. Praktischerweise befindet sich Karlsruhe in unmittelbarer Nähe des Deportation Airpark, von wo aus die regelmäßigen Charterabschiebungen stattfinden...

Organisieren wir deshalb gemeinsam eine kraftvolle Demonstration gegen das Regierungspräsidium Karlsruhe und den Deportation- Baden-Airpark!

Wer bleiben will, soll bleiben!

- Veranstaltung zur Kampagne am 27. April 2010 um 20 Uhr im Jubez, Kronenplatz 1, Karlsruhe
- Mahnwache am 7. Mai ab 7:30 Uhr vor dem Regierungspräsidium Karlsruhe, Schlossplatz 1-3
- Demonstration am 8. Mai um 14 Uhr in Karlsruhe, Friedrich(s)platz / Erbprinzenstraße

weitere Informationen über Veranstaltungen und Aktivitäten unter:

www.deportationairpark.blogspot.de

Spendenkonto: ABr-W.S., Ktn.:36 15 26, BLZ: 680 920 00, Volksbank Breisgau Nord eG, Stichwort: "Deportation Airpark"

KEINE ABSCHIEBUNGEN



Innenministerkonferenz lehnt Abschiebestopp für Roma ab

Die Konferenz der Innenminister hat am 3./4. Dezember 2009 in Bremen nicht auf den geforderten Abschiebestopp für Roma reagiert. Nun planen die Innenminister, aufgrund der "readmission-policy" der UNMIK (2007/2008) und des Entwurfs für ein "Rückübernahme-Abkommen" zwischen der kosovarischen und der deutschen Regierung, jährlich bis zu 2.500 Angehörige der Roma-Minderheit(en) abzuschicken. Dort erwartet sie ein Leben ohne Perspektive. Die Arbeitslosigkeit liegt bei über 90% und es gibt kaum Infrastruktur. Zudem sind Roma im Kosovo ständiger Diskriminierung ausgesetzt und müssen in Angst vor Übergriffen und Pogromen leben.

Mit dem Abkommen wurde zugleich die Zentralisierung der zuständigen Abschiebebehörden festgelegt. Für die nördlichen Bundesländer ist die zentrale Ausländerbehörde Bielefeld, für den Süden das Regierungspräsidium Karlsruhe zuständig.

Von Abschiebungen bedroht sind bundesweit auch etwa 7.000 MigrantInnen aus Syrien, weil ein Rücknahmeabkommen mit Damaskus abgeschlossen wurde. Nachweislich wurden inzwischen mehrere Betroffene nach ihrer Ankunft in Syrien inhaftiert und gefoltert, selbst das Auswärtige Amt warnt vor Abschiebungen nach Syrien – den Innenministern ist das egal!

Abkommen auf EU-Ebene gibt es beispielsweise auch mit Marokko, Sri Lanka, Pakistan, Algerien, China, Russland und der Türkei (wird zurzeit verhandelt), mit oft fatalen Folgen für die Betroffenen.

Dieser Aufruf, der sich speziell auf die Situation der Roma konzentriert, steht stellvertretend für alle von Abschiebungen bedrohte Flüchtlinge aus allen Ländern!

Wer bleiben will, soll bleiben!

Für ein humanitäres und dauerhaftes Bleiberecht!

Gegen die drohenden Abschiebungen von 1.200 Roma aus Baden-Württemberg haben der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, die Caritas und die Diakonie im November 09 beim Stuttgarter Landtag eine Petition mit der Forderung nach einem „sofortigen Abschiebestopp und einem humanitären Bleiberecht für Roma“ eingereicht.

Ein Aufruf von Nichtregierungsorganisationen nach einem „dauerhaften Aufenthaltsrecht für Roma“ wurde bereits von vielen Menschen unterzeichnet.

Im Dezember 1938 erging der Runderlass von Heinrich Himmler „zur Regelung der Zigeunerfrage aus dem Wesen der Rasse heraus.“ Über 500.000 Roma und Sinti wurden daraufhin unter der Nazi-Herrschaft in Europa ermordet.

Die Unterzeichnenden des Aufrufes verlangten von den staatlichen VertreterInnen auf allen Ebenen einen anderen Umgang mit Angehörigen von Gruppen, die während des Faschismus verfolgt wurden. Die BRD wird daher aufgefordert, ihre historische Verantwortung als Nachfolgestaat Nazideutschlands wahr zu nehmen und als Konsequenz den Roma ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht zu geben, anstatt sie in den Kosovo abzuschicken.

Darüber hinaus erwächst Deutschland nicht nur aus der Zeit des Nationalsozialismus eine Verantwortung gegenüber den Roma. Der Krieg gegen Jugoslawien, den Deutschland durch seine Politik maßgeblich vorangetrieben hat, führte zu massenhafter Flucht von ethnischen Minderheiten aus dem Kosovo. Es wird Zeit, dass Deutschland auch dieser Verantwortung endlich gerecht wird.

Unterzeichner 20.03.10: Antifaschistisches Kollektiv Büh[AKB], AG Soziale Kämpfe, AKI, Aktion Bleiberecht Freiburg (ABR), Aktionsbündnis gegen Abschiebungen Rhein-Main, alarm e.v. offenburg, anarchistische Gruppe Mannheim (agm), anarchistische gruppe ortenau [ago], Antifaschistische Linke Freiburg (ALFR), antirepressionsgruppe mittelbaden, Autonome Antifa Karlsruhe, Bayerischer Flüchtlingsrat, Bleiberechtkollektiv Bern (CH), Bündnis gegen Abschiebungen (BgA) Mannheim, DBG Ortsverband Ettlingen/Malsch/Albtal, DIE LINKE / KV Freiburg, Ettlinger Bündnis gegen Rassismus und Neonazis, Prof. Dr. Heinrich Fink, Bundesvorsitzender VVN – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, Förderverein für antifaschistische Kultur e.V., FAU Freiburg, Flüchtlingsrat NRW e.V., Frauen für den Frieden, Region Basel (CH), Freiburger Friedensforum, GRÜNE Alternative Freiburg, Hendrikk Guzzoni Stadtrat der Linken Liste-Solidarische Stadt in Freiburg, Hessischer Flüchtlingsrat, Infoladen Karlsruhe, Interventionistische Linke Karlsruhe, jungeWelt-Leser_innen-Initiative, Kein Mensch ist illegal / No Border Darmstadt, kein mensch ist illegal Hanau, Kein Mensch ist illegal Köln, Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V., Libertäre Gruppe Karlsruhe, Menschenrechtsgruppe augenauf Zürich/Schweiz, Niedersächsischer Flüchtlingsrat, PROASYL, rasthaus Freiburg, Refugees Welcome Zürich, Roma-Treffen, RSB, SAV, Sozialistische Linke Karlsruhe, Jürgen Grässlin / Vorsitzender Rüstungsinformationsbüro (RIB) Freiburg, Soziokultur e.V. Schopfheim, Südbadisches Aktionsbündnis gegen Abschiebungen (SAGA), The Voice Forum, Tuebinger Buendnis gegen Abschiebehaft, ver.di Mittelbaden-Nordschwarzwald, VVN-Bund der Antifaschisten Baden-Württemberg, VVN-Bund der Antifaschisten Freiburg